

in dieser Welt und den eigenständigen Ort der Laien wächst; und nicht zuletzt ein besseres Verständnis von vielem, was mit der Ökumene zusammenhängt.

Die holländische Kirche befindet sich m. E. nicht in einem Notzustand. Ich bedaure es zutiefst, wenn über unsere Kirchenprovinz in solchem Sinne geredet und geschrieben wird. Wer wirklich wissen will, was sich in den Niederlanden zuträgt, muß die Dinge wohl an Ort und Stelle mit hinreichender Sachkunde studieren. Er wird in der Tat einen Wachstumsprozeß antreffen. Dieses Wachsen kann aber nur dann gelingen, wenn Bereitschaft zu offenem Dialog vorhanden ist, in der Kirchenprovinz selbst wie seitens der anderen Kirchenprovinzen. Dabei sollte man sich dessen erinnern, wie dem II. Vatikanum daran gelegen war, den Ostkirchen im Rahmen der universalen kirchlichen Einheit ein Höchstmaß an Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu sichern. Die holländische Kirche möchte in eigener Verantwortung – selbstverständlich aber in Verbundenheit mit der gesamten Kirche – ihren Teil dazu beitragen, jenen nachdrücklichen Wunsch des II. Vatikanums zu verwirklichen, daß die Kirche Jesu Christi „sacramentum mundi“ sei – zum Heil einer Gesellschaft, die sich sehnt und die verlangt nach einer besseren, neuen Welt. Eine Kirche, die aus der Überzeugung lebt, daß der Mensch Kind Gottes ist und bestimmt ist für ein ewiges Glück, und die sich bemüht, daß diese Würde des Menschen sich auch abspielt in der Weise, wie wir miteinander auf dieser Welt sind.

*Johannes B. Möller, Groningen*

„Den Laien die Pastoral, dem Klerus das Geld?“ Es ging doch um mehr

Zur Zweiten Session  
der Wiener Diözesansynode

Die schon am 9. Mai 1970 in der Konzils-gedächtniskirche in Lainz mit einer konstituierenden Sitzung eröffnete Zweite Session der Wiener Diözesansynode wurde vom 21. bis 24. Oktober am gleichen Ort abgehalten. Auf der Tagesordnung standen Pro-

bleme der Verkündigung, in Ergänzung der liturgischen Texte der ersten Session solche der Eucharistie und Krankensalbung, der Mission und Entwicklungshilfe, ökumenische Fragen, Probleme der Kirche in einer informierten Gesellschaft sowie der Massenmedien und die Ordnungen für die Leitungsgremien auf allen Ebenen der Diözese.

Alles in allem kann gesagt werden: die angesagte Ermüdung fand nicht statt. Das Niveau hat sich sogar gehoben. Auch die Abstimmungen zeigten durchaus Intelligenz: nach langen Reihen massiver Zustimmung kam plötzlich ein Nein oder nur eine sehr schwache Mehrheit; die Ansatzmöglichkeiten für Manipulationen wurden erkannt.

Es wurden einige wichtige und, wenn sie ernst genommen werden, auch folgenschwere Beschlüsse und Voten gefaßt, die freilich noch der Bestätigung durch den Erzbischof bedürfen. Nur einiges sei herausgegriffen: die Schaffung einer Diözesankommission für die Verkündigung; die Forderung neuer Formen der Verkündigung; die Beauftragung von Laien mit der Verkündigung in allen Bereichen; die Forcierung der Verkündigung an die Erwachsenen; die Zulassung von Laien, Männern und Frauen, zur theologischen Habilitation und deren Berufung auf theologische Lehrstühle; die Heranziehung laizierter Presbyter, die weiterhin im Dienst der Kirche stehen wollen, für Aufgaben der Verkündigung; die Befassung des ganzen Volkes mit den Ergebnissen der Bibelwissenschaften; die Schaffung eines Diözesanmissionsrates; eine Missionsabgabe aus den ordentlichen Einkünften der Diözese in der Höhe von etwa 2%; die Forderung der Anerkennung des Entwicklungshelferdienstes als Alternativdienst anstelle des Wehrdienstes; die Förderung des Personaleinsatzes in den Entwicklungsländern; die ökumenischen Resolutionen und Voten, die gemeinsam von allen in Wien existierenden christlichen Kirchen und Gemeinschaften ausgearbeitet wurden, etwa hinsichtlich der Zusammenarbeit der katholischen und nichtkatholischen Theologieprofessoren in Forschung und Lehre, hinsichtlich ökumenischer Information und Betätigung der Theologiestudenten, hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bibelapostolat, in der Öffentlichkeitsarbeit, im Religionsunterricht,

in der Schaffung polemikfreier Schulbücher, hinsichtlich der Fusion der gemeinsamen karitativen Großaktionen, hinsichtlich einer fallweisen gemeinsamen ökumenischen Unterweisung im Religionsunterricht, hinsichtlich Verhandlungen mit den orthodoxen, altkatholischen und anglikanischen Kirchen über die Interkommunion; die Absage gegenüber jeglichem Antisemitismus und die Anregung von Gastvorlesungen jüdischer Theologen an der Theologischen Fakultät; die Forderung der Beschäftigung mit den nichtchristlichen Religionen und Kulturen im Religionsunterricht und der Erziehung zu echter Toleranz und die Anregung eines Faches „Religionswissenschaft“ an einer Philosophischen Fakultät Österreichs; die Anerkennung der Freiheit der Meinungsäußerung und Kritik für die Massenmedien; die Ablehnung jedes Meinungsmonopols – auch für die Kirche; die Anerkennung der Kritik als Dienst an der Gemeinschaft – auch im innerkirchlichen Bereich; die Ablehnung jeder Zensur und aller Repressalien wirtschaftlich-materieller oder persönlicher Art – auch im eigenen Bereich; die Absage gegenüber einer kirchlichen „Politik der Geheimhaltung“: „Die Verweigerung einer Information ist lediglich bei ernststen Vorbehalten sachlicher oder persönlicher Natur gerechtfertigt und soll in der Regel begründet werden“; die Anregungen für eine Niveauehebung der kirchlichen Presseorgane; die Anerkennung der Freiheit der Verlage, der Redaktionen und einzelnen Publizisten in kircheneigenen Organen, aber auch der Freiheit der Kirchenglieder, ihre Meinung in kirchlichen Organen zum Ausdruck zu bringen, und damit die Bejahung der „Pluriformität der Meinungen als Zeichen der geistigen Lebendigkeit und eines legitimen Freiheitsraumes“; die Schaffung echter Leitungsorgane auf Pfarr-, Dekanats-, Vikariats- und Diözesanebene, die das ganze Gottesvolk repräsentieren und die pastoralen Belange des betreffenden Bereiches mitberaten und mitentscheiden. Auch Schiedsinstanzen sollen eingerichtet werden. Der Dekan soll künftig vom Bischof aus einem vom pastoralen Dekanatsrat gemachten Dreivorschlag auf die Dauer von vier Jahren ernannt werden. An die österreichische Bischofskonferenz wurde appelliert, sich dafür einzusetzen, daß in

Italien und Spanien die, vor allem auch berufliche, Diskriminierung laisiierter Priester beendet werden möge.

Ein erfreuliches Zeichen wachsender ökumenischer Gesinnung war es, daß die vom Ausschuß für ökumenische Fragen eingebrachte Vorlage mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde.

Hinsichtlich der Leitungsgremien hatte schon die konstituierende Sitzung mit großer Mehrheit zwei bedeutsame Testentscheidungen getroffen: „Die Beschlüsse des Pfarrgemeinderates sind endgültig, es sei denn, daß der Pfarrer Einspruch erhebt; dieser Einspruch schiebt die Wirksamkeit der Beschlüsse auf“; „die Beschlüsse des pastoralen Diözesanrates treten erst in Kraft, wenn der Bischof ihnen zustimmt“. Trotzdem versuchte eine Minderheit, die auf Grund dieser Beschlüsse verfaßten Vorlagen neuerdings zu verwässern. Dies kam am massivsten bei der Diskussion über den Pfarrgemeinderat zum Ausdruck. Es ging vor allem um eine Vernebelung der Mitentscheidung und um eine Begrenzung der Aufgaben, besonders um die Verhinderung jeglicher „Äußerung zur beabsichtigten Ernennung eines neuen Pfarrers“. Ein Dechant ersuchte für den Fall, daß die von ihm vorgeschlagene Einschränkung nicht durchgehe, die Pfarrer, die auf das geltende Kirchenrecht installiert wurden, zu fragen, ob sie unter diesen Bedingungen ihr Amt weitertragen wollen. Trotzdem wurde der einschränkende Einschub mit 190 Stimmen abgelehnt, 79 stimmten dafür, 21 übten Enthaltung. Der Präsident der Synode beantragte daraufhin, wohl angesichts des gemachten Versuchs, den Bischof unter massiven Druck der Pfarrer zu setzen, eine gesonderte Abstimmung der Klerikersynodalen; 85 Kleriker entschieden sich für die Formulierung der Vorlage ohne Einschub bei 33 Ablehnungen und 9 Enthaltungen. Auch zur Abstimmung über die Aufgaben des Pfarrgemeinderates gab es eine Klerikerbefragung. Die Synode hatte hier mit 224 Ja, 12 Nein und 6 Enthaltungen votiert; die Kleriker mit 99 Ja, 17 Nein und 8 Enthaltungen. Die Klerikerabstimmungen waren deshalb wertvoll, weil dadurch unmißverständlich klar geworden ist, wo die Presbyter mehrheitlich stehen. Zunächst waren freilich manche Synodalen über den Vorgang ver-

ärger, weil man sagte: bis jetzt war die Synode ein einziges Forum, in dem nicht nach Kammern und Kästen abgestimmt wurde; hoffentlich werden nicht die Laien dann auch Sonderabstimmungen verlangen. Aber im konkreten Fall war das Vorgehen klug und diente einer fälligen Klärung. Wohl aber hätte man die Sache besser einführen und verständlich machen können.

Nicht so glatt ging es bei der „Ordnung für den pastoralen Diözesanrat“. Einige etwas nicht sehr sachgerechte, ja demagogische Wortmeldungen, ein frühzeitig eingebrachter Antrag auf Schluß der Rednerliste, eine gewisse Euphorie und der Wunsch, nun schnell auch den letzten Problempunkt hinter sich zu bringen, mochten schuld sein, daß hier die Vorlage einige wesentliche Verschlechterungen erfuhr. Das schon in der Vorlage nur dreimal im Jahr vorgesehene Mindestausmaß von Einberufungen dieses wichtigsten Leitungsgremiums der Diözese machte es leicht zu argumentieren, das Gremium sei den ihm zugeordneten Aufgaben in keiner Weise gewachsen, und man müsse es auf die Erlassung „grundsätzlicher Richtlinien“ beschränken. Zudem verfehlte die Schilderung der Probleme der Diözesan-Finanzverwaltung durch die Finanzleute der Diözese nicht ihre Wirkung. So kam die vorgesehene Zuständigkeit des pastoralen Diözesanrates für die diözesanen Finanzen zu Fall, wiewohl prominente und kompetente Laien, darunter ein Direktor der Österreichischen Nationalbank, überzeugend darlegten, dem Diözesanrat sei nur „die endgültige Beschlußfassung über den Voranschlag und über die Höhe der Kirchenbeiträge vorbehalten“, was er sehr wohl leisten könne, da alles andere einem eigenen Finanzausschuß des Diözesanrates zustünde, der sich fast ausschließlich aus Fachleuten, einschließlich des Direktors der Finanzkammer, zusammensetzen sollte wie der jetzige Diözesankirchenrat, die Erarbeitung der Details aber nach wie vor der Finanzkammer der Diözese obliege. Wenn argumentiert wurde, das erfordere hauptberufliche Mitarbeiter, so war das eine plumpe Bauernfängerei; denn auch der jetzige Diözesankirchenrat besteht nur aus ehrenamtlich tätigen Mitgliedern. Ebenso windig und verräterisch war der Hinweis, es käme doch vor allem auf das Geistige

an, nicht auf das Geld, und der Diözesanrat sei ja ein pastoraler Rat, der alle seine Kräfte für die Pastoral einsetzen müsse.

Dieser Abschnitt der Synode war jedenfalls bedauerlich. Man konnte darum nach dem schönen Schlußgottesdienst einige launige Bemerkungen hören, etwa die: „Die höheren Kleriker werden in der Synode offenbar nur dann lebendig, wenn es um das Geld geht“; oder: „Man wird die Laien eher noch die Eucharistie feiern als in der Finanzverwaltung mitentscheiden lassen“; oder: „Dem Zweiten Vatikanum ist es gelungen, die übliche Aufteilung: dem Klerus die Kirche, den Laien die Welt, zu durchbrechen; jetzt scheint es innerkirchlich zu einer umgekehrten Akzentsetzung zu kommen: den Laien die Pastoral, den Klerikern das Geld.“ Das ist nun gewiß überzeichnet; denn auch der jetzige Diözesankirchenrat besteht aus fünf Klerikern und elf Laien. Es wäre hier um etwas ganz anderes gegangen. Nach den postkonziliaren Durchführungsbestimmungen gehört zu den Aufgaben der Pastoralräte „alles, was die pastorale Arbeit betrifft, zu untersuchen und zu beraten und daraus praktische Folgerungen abzuleiten“. Man weiß, wieviel pastorale Praxis von den dafür vorhandenen oder zur Verfügung gestellten Mitteln abhängt. Darum war es das Anliegen der Synodenvorlage, Finanzen und Pastoral nicht völlig zu trennen, sondern die für die Finanzen verantwortlichen Personen der Diözese mit den für die Pastoral Verantwortlichen zusammenzubringen, damit sie gemeinsam überlegen, die gegenseitigen Anliegen und Sorgen kennen, auf der einen Seite nicht utopische Forderungen stellen, auf der anderen Seite die pastoralen Prioritäten bedenken, und zwar beides nicht erst in der Endphase, sondern von Anfang an. Manche pastoralen Pläne würden dann vielleicht von Anfang an realistischer und manche pastoral kaum zu verantwortenden Ausgaben würden vielleicht vermieden. Zudem wäre es darum gegangen, die Mitglieder des neuen Finanzausschusses nicht nur von oben her zu ernennen, sondern auch hier die Mitglieder des pastoralen Diözesanrates mitwirken zu lassen, und einige, nur 4 von insgesamt 21 bzw. 25, selbst in den neuen Finanzausschuß zu entsenden. Aber „Geld ist Macht“, und die vor der Synode gemachte Bemerkung, es ginge

dabei in keiner Weise um Machtfragen, war nur eine schlechte Tarnung jenes Prinzips. Immerhin wurde noch eine vom Diözesanrat zu bestellende fünfgliedrige Rechnungskommission von Fachleuten beschlossen, die die Gebarung der Erzdiözese zu prüfen oder prüfen zu lassen hat und den Prüfungsbericht bis spätestens 1. Juni jedes Jahres vorzulegen hat. Dies, wie die Bestimmung, daß alle Institutionen der Diözese, also auch die Diözesanfinanzkammer und der Diözesankirchenrat an die Beschlüsse des Diözesanrates gebunden sind und dieser „Informationen jeder Art bei allen diesen Stellen“ einholen kann, könnten einige Einflußmöglichkeiten geben. Es wird überhaupt davon abhängen, was der neue Diözesanrat aus sich selbst und seinen Möglichkeiten macht. Wenn er sie nicht zu nutzen versteht, wird er ein belangloses Gremium werden, das sich dreimal im Jahr zu einem pastoralen Plauderstündchen trifft, bei dem sich einige Laien von einigen informierten Klerikern einiges erzählen lassen.

Auch sonst gab es nicht nur Erfreuliches. So beklagten nicht wenige die Schwäche der liturgischen Vorlagen. Dazu wurden lange Diskussionen über Dinge abgehalten, die ein vernünftiger Kleriker längst selbst gelöst hat. Aber die Synode war hier einfach überfordert und konnte nicht nachholen, was die Sakramententheologie noch nicht geleistet hat. Es wurde wenigstens nichts verbaut, aber ein Unbehagen blieb. Beschämend war das Feilschen der kirchlichen Finanzleute gegen jede Fixierung einer diözesanen Abgabe zugunsten der Mission und der Entwicklungshilfe, zumal man dabei in der Argumentation den Missionskirchen gerade das verweigerte, was man für sich in Gefahr sah: irgendwie gesicherte Einnahmen. Hinsichtlich der Entwicklungshilfe hatte das Feilschen leider Erfolg. Man ist immer noch eher bereit, von anderen Leuten Opfer zu verlangen, als selbst „in beispielhafter Selbstverpflichtung“ voranzugehen; diese nicht sehr bescheiden klingenden drei Worte der ursprünglichen Fassung mußten dann auch verschämt gestrichen werden. Zu einer Krise wäre es bald im Zusammenhang mit einem Protesttelegramm an die brasilianische Regierung aus Anlaß der Verhaftung der nationalen Führung der katholischen Arbeiterjugend Brasiliens gekommen, da man-

che den Eindruck hatten, eine kleine Gruppe wolle den Protest unter Ausnutzung der Geschäftsordnung verhindern. In Wirklichkeit war wohl mehr Ungeschicklichkeit und ein nicht allzu glückliches Eingreifen des Synodenpräsidenten dabei im Spiel. Der dann verabschiedete Text war sicher besser als der zuerst vorgelegte.

Interessant war das Phänomen der sogenannten „konservativen Gruppe“ der Synode, übrigens die einzige Gruppe, die sich bisher auf der Synode selbst zeigte und durchhielt; von der kleinen „kritischen Synode“ hörte man bei der Zweiten Session kaum mehr etwas. Man dachte, argumentierte und stimmte nicht nach Gruppen und Fraktionen, sondern nach Argumenten und Einsichten. Bei der zweiten Session konnte man auch ein Einschwenken von Mitgliedern der „konservativen“ Gruppe, wie sich manche selbst nannten, zur Sachlichkeit der Argumente feststellen; der kleine Rest trat freilich um so geschlossener und nach außen nur noch durch klerikale Sprecher auf, die sich als die letzten Hüter der Orthodoxie, der wahren Kirche, der Hierarchie, des wahren Priesterbildes und des echten kirchlichen Gehorsams und als die Warner vor der Machtergreifung der neuen Linken in der Kirche gerierten. Die Synode sei daran, selbst die Flanken der Kirchen aufzureißen. Man klagte über die eigene Isolierung, man habe kaum mehr Publikationsorgane, man drohte mit Emigration aus der Kirche, in der einen nur mehr die Liebe zum Papst halte. Hier kamen sehr bedenkliche und reichliche emotionelle Töne auf; als ob der Papst mehr sei als die Kirche und die Kirche mehr als die Wahrheit. Hier zeigte sich auch, daß man die Autorität nur anzuerkennen bereit ist, solange sie die eigenen Ansichten deckt; das wirft man sonst anderen Leuten vor. Bezeichnend war auch die heftige Reaktion auf die Forderung einiger Synodalen, die legitime Pluriformität der Meinungen auch auf die vom katholischen Verlag Herold herausgegebene Zeitschrift „Die Furche“ auszudehnen: „Laßt uns doch das letzte Organ der Konservativen.“

Alles in allem doch einige Schritte in die Zukunft und auch einige aus dem Ghetto.

*Ferdinand Klostermann, Wien*